

Dringliche Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. Januar 1995

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Erwin
Marschewski
(CDU/CSU) | Wer hatte nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen Kenntnis von dem Vermerk Willy Brandts, und liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Ministerpräsident Johannes Rau Kenntnis von dem Vermerk hatte? |
| 2. Abgeordneter
Erwin
Marschewski
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Kenntnis des Vermerks durch Amtsträger und die Nichtweitergabe an die Strafverfolgungsbehörden einen Straftatbestand erfüllt, und ist der Bundesregierung bekannt, ob der Generalbundesanwalt entsprechende Ermittlungen führt? |
| 3. Abgeordneter
Dr. Joseph-Theodor
Blank
(CDU/CSU) | Treffen Pressemeldungen zu, wonach Egon Bahr in seinen Vernehmungen durch den Bundesanwalt Lampe im März 1994 in der Strafsache Karl Wienand seine Kenntnis des Brandt-Vermerks verheimlicht hat, und falls ja, hat der Bundesanwalt Lampe in dieser Vernehmung Egon Bahr Fragen gestellt, bei deren wahrheitsgemäßen Beantwortung er seine Kenntnis von diesem Vermerk hätte offenbaren müssen? |
| 4. Abgeordneter
Dr. Joseph-Theodor
Blank
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die in der Mitteldeutschen Zeitung vom 23. Januar 1995 veröffentlichte Auffassung Egon Bahrs, er habe lediglich die Fragen beantworten müssen, die ihm gestellt worden sind oder hätte er im Rahmen einer vollständigen Aussage über seine Kenntnisse diese auch ohne eine entsprechende Frage offenbaren müssen? |

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|--|
| 5. Abgeordneter
Andreas
Schmidt
(Mülheim)
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den vom Generalbundesanwalt beschlagnahmten Vermerk Willy Brandts bezüglich der ehemaligen SPD-Spitzenpolitiker Karl Wienand und Egon Bahr, und ist der Bundesregierung bekannt, ob der BND Erkenntnisse hat, die mit dem Inhalt des Vermerks von Willy Brandt übereinstimmen, und ist die Bundesregierung bereit, die zuständigen parlamentarischen Gremien noch in dieser Woche zu informieren? |
| 6. Abgeordneter
Andreas
Schmidt
(Mülheim)
(CDU/CSU) | Hat Präsident Konrad Porzner zu irgendeinem Zeitpunkt nach dem 31. März 1992 der Bundesregierung mitgeteilt, er habe Informationen, daß Karl Wienand eine Verpflichtung gegenüber einem östlichen Nachrichtendienst eingegangen ist, hat die Bundesregierung Präsident Konrad Porzner um eine Stellungnahme gebeten, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls daraus sofortige Konsequenzen ziehen? |

Bonn, den 24. Januar 1995